

Ja zum Rüstungsreferendum

Im Jahre 1954 war der damalige Bundesrat, zusammengesetzt aus den Herren Etter, Kobelt, Petitpierre, Rubatel, Escher, Feldmann und Sträuli, ein engagierter Befürworter des allgemeinen Finanzreferendums. In einer Botschaft ans Parlament schrieb er folgendes:

Die Einführung eines allgemeinen Finanzreferendums liegt im Zuge der Entwicklung.

Es ging damals nicht um das Rüstungsreferendum, sondern um das allgemeine Finanzreferendum. Doch zog der Bundesrat die Rüstungsausgaben zur Argumentation heran. So schrieb er in der Botschaft weiter:

Daneben und besonders in unsicheren Zeiten und unter ausserordentlichen Verhältnissen sind Finanzbeschlüsse von grosser politischer und finanzieller Tragweite zu fassen. Wir erinnern vorab an das Rüstungsprogramm. Hier hat die Einführung des Finanzreferendums ihren guten Sinn, wird doch die letzte Verantwortung für Vorlagen, welche den Finanzbedarf des Staates nachhaltig beeinflussen, dem Volk übertragen.

Wir wissen es: Die damalige Vorlage zur Einführung des allgemeinen Finanzreferendums wurde 1956 vom Schweizervolk abgelehnt.

1979 lancierte nun die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die vorliegende Volksinitiative. - Warum diese Initiative?

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist der Meinung, dass Rüstungsfragen in die Verantwortung des ganzen Volkes gehören. Wenn auch nach Artikel 85, Ziffer 10 der Bundesverfassung die Finanzhoheit der Bundesversammlung zufällt, lässt es unsere Abstimmungsdemokratie zu, dass via Gesetze und allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse indirekt auch über das finanzielle Engagement des Bundes in wichtigen Fragen abgestimmt werden kann. Ich

erinnere an AHV- und IV-Vorlagen, Berufsbildung, Stipendien, Hochschulbeiträge, Bahn 2000 usw. Also praktisch über fast alle Bundesausgaben, ausser eben die Rüstungsausgaben.

Selbst die Truppenordnung 61 wurde im Parlament aufgrund eines Berichtes des Bundesrates diskutiert. Die Frage "Hochtechnisierte Armee oder Armee mit Infanterieschwergewicht?" konnte somit nicht vom Volk entschieden werden, da keine Referendumsmöglichkeit vorlag. Die damaligen Parlamentsbeschlüsse bilden die Basis zu den verschiedenen zum Teil recht kostspieligen Rüstungsvorhaben der vergangenen und kommenden Jahre.

Vergleicht man dies mit anderen Vorlagen, beispielsweise im Sozialbereich, so sieht man, dass die EMD-Vorlagen eindeutig privilegiert sind. Dies ist wohl kaum im Sinn und Geist unserer Verfassung.

Die Sozialdemokratische Partei und mit ihr die Gewerkschaften mussten in den vergangenen Jahren feststellen, dass in der Sozialpolitik der Sparhebel rigoros angesetzt wurde, und alles deutet darauf hin, dass es so weitergehen soll. Seit 1976 wurden bei den Krankenkassen insgesamt rund 6 Milliarden gespart. Dies führte zu kaum mehr tragbaren Prämienrechnungen insbesondere für die Familien und die Personen mit bescheidenem Einkommen.

Bei der AHV verlangen Arbeitgeber und bürgerliche Parteien eine kostenneutrale 10. Revision, und es wird gar beantragt, das Rentenalter auf 66 Jahre zu erhöhen. Aus der gleichen politischen Ecke wird der Ruf laut, die Rüstungsausgaben aufzustocken.

Diese Politik wird vom Volke kaum verstanden, denn alle Umfragen zeigen, dass unser Volk auch bei Rüstungsausgaben sparen möchte. Dies sogar prioritär. Eine <sup>etw. Art</sup> ~~alte~~ Unsymmetrie in der Referendumsmöglichkeit entzieht aber dem Volk die Mitsprache. Dies soll mit vorliegender Initiative geändert werden. Das Rüstungsreferendum will dem Volk die Möglichkeit geben, über grosse Neuinvestitionen im Militärdepartement mitzusprechen, sofern diese umstritten sind. Insbesondere soll der Rüstungsbereich der demokratischen

Kontrolle des Volkes unterstellt werden. Die Initianten erhoffen sich zusätzlich, dass die Beschaffungsbegehren im EMD seriöser vorbereitet werden. Pannen, wie sie in den vergangenen Jahren des öftern vorkamen, dürften beim Vorhandensein der Referendumsmöglichkeit kaum mehr entstehen.

Abschliessend möchte ich folgendes festhalten:

Die Sozialdemokratische Partei steht zur Landesverteidigung. Den Tatbeweis hat sie zur Genüge erbracht. Sie lässt sich deshalb auch nicht als Armeegegener apostrophieren, weil sie in der Rüstungsbeschaffung mehr Demokratie will. Wer so argumentiert, müsste ehrlicherweise wieder einmal an die dunklen Dreissigerjahre denken. Da die Sozialdemokraten stets faire politische Auseinandersetzungen führen, soll hier in dieser Frage auch kein Sündenregister der politischen Gegner erstellt werden.

Mit aller Deutlichkeit soll nochmals festgehalten werden, dass in einer Demokratie die Armee kein Staat im Staate sein darf. Nicht eine in sich geschlossene, den demokratischen Spielregeln entzogene Institution, sondern ein den Frieden und die Unabhängigkeit sicherndes Instrument unserer staatspolitischen Tätigkeit, die der Kontrolle des Volkes zu unterstellen ist. Genau so, wie unsere Sozialpolitik, die Landwirtschaftspolitik usw.

Otto Piller, Ständerat, Präsident des Abstimmungskomitees Rüstungsreferendum

Rüstung: Wirtschaft bestimmt massgebend, Volk muss schweigen

Die Initiative Rüstungsreferendum wird als Anschlag gegen die Armee und gegen die Landesverteidigung ausgelegt. Das ist eine unheimliche Interpretation von direkter Demokratie. Das ist ein Misstrauensvotum gegen das (Stimm)Volk auf Vorschuss, bedeutet Angst vor dem eigenen Volk. Die Möglichkeit, über Kredite für Rüstung oder Waffenplätze abstimmen zu können, mag "schampar unbequem" sein, aber ist sie armeefeindlich oder gar undemokratisch? Sicher nicht. Für viele mag der Gedanke der Mitwirkung der Stimmberechtigten bei Rüstungsausgaben unerwünscht sein. Für andere nicht. Deshalb stimmen wir darüber ab.

Nun wird behauptet, die SPS handle einseitig, sie verlange Abstimmungen nur für Militärausgaben, sie verzichte auf ein allgemeines Finanzreferendum. Damit sei der Beweis erbracht, dass es ihr eben doch gegen die Armee gehe.

An der Urne wird sehr oft über Finanzausgaben entschieden. Ein paar Beispiele aus den letzten Jahren seien in Erinnerung gerufen. Wir stimmten z.B. ab über:

- Aufhebung der Bundesbeiträge für Primarschulen
- Aufhebung der Beitragspflicht des Bundes im Gesundheitswesen
- Brotverbilligung
- Ausbildungsbeiträge
- Aufhebung des Kantonsanteils am Reinertrag der Stempelabgaben
- Innovationsrisikokapital für kleinere und mittlere Unternehmen
- Neuverteilung des Reinertrags aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser
- 9. AHV-Revision
- Treibstoffzölle
- Finanzordnung/Steuern
- Förderung der Hochschulen und die Forschung

Militärausgaben aber sind von jeglicher Mitwirkung der Stimmberechtigten ausgenommen. Darunter leidet die parlamentarische Sorgfaltspflicht. Dafür gibt es Beispiele, wir brauchen nicht bis zum Mirage-Skandal zurückzublättern. Vier Beispiele:

1. Panzer-68: 1974/75 wurden fast 600 Millionen Franken für 170 Panzer-6 bewilligt, obschon der damalige Waffenchef, Divisionär Häner, Einspruch erhob und die zuständige Fachkommission zum vernichtenden Urteil kam, der Panzer-68 sei "kriegsuntauglich". Fünf Jahre später, bei der Abgang dann das parlamentarische "Geschrei" los. Panzer-Waffenchef meldete bei der Uebernahme der Panzer erneut militärische Vorbehalte. Der Nationalrat setzte daraufhin eine Untersuchungskommission ein. Am Schluss mussten für die fabrikneuen Panzer weitere 90 Millionen bewilligt werden, um die ärgsten Mängel beheben zu lassen. Die Struktur des Panzers blieb unkorrigierbar. Das alles konnte die Diskussion über den Beschaffungskredit wissen, aber Wirtschaft überwogen im Parlament vor militärischen Aspekten.

2. Panzer Leopard 2: Die vom Ständerat reduzierte Vorlage wurde im Auftrage der nationalrätlichen Militärkommission von N. Hayek begutachtet. Fazit: Einsparung von mindestens 700 Millionen Franken seien möglich. Doch Kommissions- und Ratsmehrheit übergangen den Experten Hayek souverän. Wiederum überwogen Wirtschaftsinteressen.
3. Seit 22 Jahren (!) wird für das EMD das Funkgerät SE-225 entwickelt. Kostenpunkt: bisher 106 Millionen Franken. Da die (Nicht)Entwicklung zu lange dauert, deckte sich das EMD im Ausland mit neuen Funkgeräten ein. Deshalb brauche die Armee, so alt Generalstabschef Zumstein, das SE-225 nicht mehr vor dem Jahre 2000. Aber es wird weiter geprübelt.
4. Waffenplatz Rothenturm: Trotz eingereichter Volksinitiative trieb das EMD die Vorarbeiten voran. Parallel dazu laufen Gerichtsverfahren, kassierte das EMD z.T. schlechte juristische Noten. Vom staatspolitischen Standpunkt aus wäre es wohl demokratischer gewesen, wenn das Referendum gegen den Waffenplatzkredit hätte ergriffen und wenn darüber hätte abgestimmt werden können. Nachdem die FDP neuerdings Atomkraftwerkbewilligungen unter das Referendum stellen will, ist nicht einzusehen, weshalb Gleiches z.B. bei Waffenplätzen schädlich sein sollte.

Die Angst vor dem Rüstungsreferendum ist nicht damit zu begründen, das Schweizervolk könnte plötzlich die Armee völlig fallen lassen. Zu dieser Annahme fehlen jegliche Anhaltspunkte. Nachdem aber vor allem die bürgerlichen Bunderatsparteien seit Jahren unermüdlich das Sparen propagieren und beispielsweise bei den Bundesbeiträgen für die Krankenversicherung in den letzten Jahren auf leisen Sohlen tatsächlich über 4 Milliarden Franken eingespart wurden, grassiert bei den Verursachern die Angst, Sparen könnte auch das EMD treffen. Die Oeffnung hin zum (Stimm)Volk macht ihnen daher Angst, dass überrissene Projekte am Stimmenmehr scheitern könnten.

Eine Armee ist nur so stark wie der Wehrwille des Volkes. Karl W. Haltiner, Autor von "Milizarmee - Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal?", schreibt, "es geht um Fragen wie: Ist es die Gesellschaft wert, verteidigt zu werden? Wie, und, vor allem, in welchem Mass will man sich für sie engagieren?" Die Diskussion über die Landesverteidigung stellt nur dann ein Restrisiko dar, wenn Unvernünftiges verlangt wird, nicht aber für den Normalfall. Wir werden lernen müssen, mit der Umwelt-Land-Verteidigung gleichzuziehen. Als die "Dreizack"-Manöver stattfanden, passierte die Chemie-Katastrophe in Schweizerhalle. Die Bedrohung kommt immer stärker aus der Umwelt. Die Armee sollte doch im Ernstfall eine intakte Heimat und nicht eine kaputte Umwelt verteidigen müssen. Land(es)verteidigung ist noch umfassender geworden. Oeffentliche Diskussionen und öffentliches Engagement könnten das Bewusstsein stärken. Auch das ist ein Aspekt des Rüstungsreferendums.

Helmut Hubacher, Präsident SPS

Wer hat Angst vor mehr Demokratie?

Die Referendumsgegner fahren mit schwerem Geschütz auf. Sie reden von einem "wohlgezielten Schlag gegen unsere Landesverteidigung". Das Gespenst einer schwach und schlecht ausgerüsteten Armee geht um.

Man wundert sich! Halten es diese Kreise tatsächlich für ausgeschlossen, dass dem Volk das Vernünftige, Bünstige, Richtige, Notwendige klargenacht werden könnte? Von Überforderung des Volkes oder überstrapazierter Demokratie zu reden ist lächerlich und anmassend. Das Volk darf über komplexe Gesetze abstimmen. Nicht selten spielen bei Referenden finanzielle Erwägungen eine wichtige Rolle. Dies ist verständlich. Schliesslich ist es nicht gleichgültig wohin die Steuergelder fliessen. Es ist nicht einzusehen, warum der Militärsektor der demokratischen Kontrolle völlig entzogen bleiben soll. Das Volk muss Weichen stellen und Bremsen ziehen können.

Die Referendumsdrohung wird eine heilsame Präventivwirkung entfalten, was angesichts der zahlreichen Pannen bei der Rüstungsbeschaffung nur zu begrüessen ist. Dem Volk ab und zu das letzte Wort zu lassen kann nur diejenigen schrecken, die von der Fiktion der Unfehlbarkeit von Rüstungsentscheiden des LND ausgehen.

Unsere Milizarmee garantiert eine enge Verbundenheit zwischen Militär und Bevölkerung. Umgekehrt ist diese Verbundenheit auch Voraussetzung für eine intakte Wehrbereitschaft. Sollte es wahr sein - wie die Referendumsgegner offenbar annehmen - dass nur dank des Ausschlusses des Volkes eine sinnvolle und ausreichende Bewaffnung unserer Armee sichergestellt werden kann, dann wäre es allerdings schlimm bestellt um unsere Landesverteidigung. Auf die Dauer lässt sich nicht gegen das Volk oder am Volk vorbei Verteidigungspolitik machen.

## **PARTI SOCIALISTE SUISSE**

### **CONFERENCE DE PRESSE DU 20.2.1987 : REFERENDUM EN MATIERE DE DEPENSES MILITAIRES**

---

#### **OUI au référendum en matière de dépenses militaires**

En 1954, le Conseil fédéral, composé alors de MM. Etter, Kobelt, Petitpierre, Rubatel, Escher, Feldmann et Sträuli, était un partisan engagé de l'introduction du référendum financier général. Dans un message au Parlement, il écrit :

L'introduction d'un référendum financier général est inscrit dans le cours des choses.

On ne parlait pas à cette époque de référendum en matière de dépenses militaires mais d'un référendum financier général. Mais le Conseil fédéral invoquait, pour plaider en faveur d'un référendum financier général, le volume des dépenses militaires. Le Message poursuivait :

De plus, et tout particulièrement dans des périodes troublées ou dans des situations exceptionnelles, il faut prendre des décisions financières de grande portée politique et financière. Voilà pourquoi l'introduction d'un référendum financier a tout son sens; il permet en effet de laisser au peuple la responsabilité ultime de projets qui ont une influence durable sur les besoins financiers de l'Etat.

Nous le savons : la proposition d'introduire le référendum financier général a été rejetée en 1956 par le peuple suisse.

En 1979, le Parti socialiste suisse lançait la présente initiative populaire. Pourquoi ?

Le Parti socialiste suisse est d'avis que les problèmes d'armement concernent le peuple tout entier et engagent sa responsabilité. Même si l'Assemblée fédérale a, selon l'art. 85, chiffre 10 de la Constitution fédérale, la compétence suprême en matière financière, le peuple peut, par le biais des lois et arrêtés fédéraux de portée générale, se prononcer indirectement sur les engagements financiers de la Confédération dans les questions importantes. Je pense en particulier à l'AVS et à l'AI, à la formation professionnelle, aux

bourses, aux subventions aux Universités, à Rail 2000, etc. Le peuple peut pratiquement se prononcer sur toutes les dépenses de la Confédération, à l'exception des dépenses d'armement.

Même l'organisation de l'armée a été discutée au Parlement sur la base d'un rapport du Conseil fédéral. Mais il n'a pu se prononcer sur la question "Une armée à équipement hautement technique ou une armée qui met le poids sur l'infanterie" puisqu'il n'existe aucune possibilité de référendum. Les anciens arrêtés du Parlement forment la base légale des différents projets d'armement, parfois très coûteux, des années passées et futures.

Si l'on compare les projets du DMF à d'autres projets, relevant du domaine social par exemple, on s'aperçoit que les projets militaires sont indiscutablement privilégiés. Ce qui n'est pas voulu ni prévu par la Constitution.

Le Parti socialiste suisse et les syndicats ont constaté, ces dernières années, que la fièvre d'économies frappe très rigoureusement la politique sociale et tout porte à croire que la situation ne va pas changer. En 1976, on a enlevé 6 millions de contributions aux caisses-maladie. Ce qui a conduit à un renchérissement des primes presque insupportable pour les familles et les personnes à revenu modeste.

Les partis bourgeois et les employeurs demandent la neutralité des coûts pour la 10ème révision de l'AVS et même d'élever l'âge de la retraite à 66 ans. Mais en même temps, on parle clairement d'augmenter les dépenses d'armement.

Cette politique n'est guère comprise par le peuple : toutes les enquêtes montrent que le peuple souhaite faire des économies en matière militaire. Et même souhaite en priorité faire des économies dans ce domaine. Mais comme le peuple n'a pas la possibilité de recourir au référendum, il ne peut rien dire. C'est cela que l'initiative veut changer. Le référendum sur les crédits militaires veut donner au peuple la possibilité de se prononcer sur les nouveaux investissements que le DMF demandent, si ceux-ci sont contestés. Il faut que le domaine de l'armement soit soumis au contrôle démocratique du peuple. Nous espérons de cette manière que les demandes d'investissements du DMF soient préparées avec plus de sérieux. Des pannes, comme il y en a eu